

Abschaffung der Sonderschulen gefordert

Der Saarbrücker Verein „Miteinander leben lernen“ hat konkrete Erwartungen an die Landespolitik formuliert, um die Inklusion behinderter Menschen zu verbessern.

VON EVELYN-LAURA BIELEFELD

SAARBRÜCKEN | Als Professor Frank Wilhelm-Mauch und seine Familie 2011 von Kanada nach Saarbrücken kamen, mussten sie das Wort „Inklusion“ erst lernen. Denn was hier als Zielvorgabe der Inklusion gilt, war in Kanada schon selbstverständlich, „und für das, was selbstverständlich ist, erfindet man keine Fremdwörter“, so Wilhelm-Mauch, der selbst Vater behinderter Töchter ist. An diesem Punkt sei Deutschland noch längst nicht angelangt. Deshalb setze sich der Verein „Miteinander leben lernen“ (MLL), dessen stellvertretender Vorsitzender Wilhelm-Mauch mittlerweile ist, seit 40 Jahren saarlandweit für die Inklusion behinderter Menschen ein. Am Freitag stellte der Verein seine diesbezüglichen Forderungen an die Landesregierung vor.

Inklusion als Teilhabe behinderter Menschen in allen Lebensbereichen ist ein Menschenrecht – das stellt die UN-Behindertenrechtskonvention klar, die Deutschland 2009 ratifiziert hat. Trotzdem lernen, leben und arbeiten behinderte Menschen von Kindesbeinen an oft abgegrenzt in Sonderinstitutionen, statt mit allen anderen zusammen, wie MLL kritisiert. Von der Landesregierung fordert der Verein, vielfältige Wohnformen, wie beispielsweise inklusive WGs, zu fördern, damit Menschen mit Unterstützungsbedarf eine echte Wahlfreiheit haben und nicht gezwungen sind, in stationären Einrichtungen zu leben – oder selbst im Erwachsenenalter noch bei ihren Eltern.

Besonders augenfällig sei die Separation von Menschen mit Unterstützungsbedarf im Schulsystem. Doch gerade hier würden oft Weichen für ganze Biografien in Sondereinrichtungen gestellt. Deshalb ist ein inklusives Schulsystem ein besonderes Anliegen des Vereins; das teure Parallelsystem der Sonderschulen müsse sukzessive abgebaut werden. „Wir sind überzeugt, wenn wir die Ressourcen aus dieser Doppelstruktur alle in den Regelschulen hätten, dann könnten wir auch die Inklusion in den Regelschulen besser ausstatten“, so Traudel Hell, Vorstandsmitglied des Vereins.

Eine besondere Chance sieht MLL dabei im Startchancenprogramm, auf das sich Bund und Länder geeinigt haben: Dieses unterstützt Schulen in besonders herausfordernden Lagen finanziell, um so Bildungsgerechtigkeit zu fördern. MLL fordert, dass die Gelder auch zur Weiterentwicklung der Inklusion speziell in Grundschulen eingesetzt werden.

Bereits Schulpraktika führten viele Sonderschülerinnen und -schüler in die Werkstätten für behinderte Menschen; von dort aus wieder auf den allgemeinen Arbeitsmarkt zu wechseln, gelänge kaum. MLL fordert Strategien, diesen Automatismus zu durchbrechen und echte Chancen zu eröffnen, auch mit Behinderung einen Beruf zu erlernen und auszuüben.

Zu den Forderungen des MLL gehören weiterhin, Digitalisierung als Chance für die Inklusion von Menschen mit Behinderungen zu nutzen und auszubauen – etwa in Hinblick auf digitale Assistenzsysteme. Auch im Freizeitbereich sollte auf einen niedrighschwelligen Zugang geachtet werden.

Der Verein „Miteinander leben lernen“, der ursprünglich als Selbsthilfeverein von Eltern behinderter Kinder gegründet wurde, ist mittlerweile ein bedeutender sozialer Träger, der rund 400 Mitglieder zählt und ebenso viele Mitarbeiter beschäftigt. Der Verein feiert in diesem Jahr sein 40-jähriges Bestehen.